

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 84 (1997)
Heft: 6: Systemisch-konstruktivistische Didaktik

Rubrik: Blickpunkt Kantone

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkt Kantone

Aargau

HWV Aargau eidgenössisch anerkannt

Die Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule des Kantons Aargau in Baden (HWV Aargau) hat vom Bund die eidgenössische Anerkennung erhalten. Die 1993 im Martinsberg eröffnete Schule erfüllt damit die Vorschriften des Bundesgesetzes über die Berufsbildung. Die HWV Aargau ist von einer Expertengruppe mehrmals besucht und geprüft worden. Ihre Absolventinnen und Absolventen dürfen dank des Entscheides aus dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement den Titel «Betriebsökonom HWV» führen. Das gilt auch rückwirkend für die erste Diplomklasse, welche die Schule 1996 erfolgreich abgeschlossen hat. Derzeit läuft auch das Anerkennungsverfahren für die Einstufung der HWV Aargau und der HTL Brugg-Windisch als Teile der Aargauer Fachhochschule Technik, Wirtschaft und Gestaltung. Der Entscheid des Bundes darüber wird im Frühjahr 1998 erwartet.

Pressemitteilung

5-Tage-Woche gemeindeweise

Die Einführung von 5-Tage-Woche, Blockzeiten und Tagesschulen an den Aargauer Volksschulen soll den Gemeinden überlassen werden. Dies hat der Grosse Rat am Dienstag beschlossen. Die Regierung wurde mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzes beauftragt.

«AZ», 19.3.97

Baselland

Lehrer rüsten sich für Abstimmung

Der Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland (LVB) macht gegen die Bestrebungen zur Übergabe der Volksschulen an die Gemeinden mobil: Zum zweiten Mal wird bei den Mitgliedern ein Sonderbeitrag erhoben. Mit diesen Mitteln will der LVB den Abstimmungskampf für die eigene Initiative finanzieren.

«BaZ», 7.3.97

Kanton will hochbegabte Kinder besser fördern

Kinder mit spezieller Begabung sollen im Kanton Basel-Stadt gefördert werden. Diesen Grundsatzentscheid hat der Regierungsrat gefällt. Damit kommt die Regierung verschiedenen Begehren entgegen, die von Seiten der Lehrkräfte und des Landrates gestellt worden sind. Wie begabte Kinder gefördert werden können, soll eine Studie zeigen, an der sich 22 Baselbieter Schulklassen beteiligen.

«BaZ», 3.4.97

Basel-Stadt

Wahlfreiheit oder Zugang für alle?

Die Einführung von Bildungsgutscheinen hatte die Basler Handelskammer im Sommer 1995 in einer Studie angeregt. Die Demokratisch-Soziale Partei (DSP) nahm jetzt dieses Thema an einer Podiumsdiskussion wieder auf. Befürworter erhoffen Wahlfreiheit, Gegner sehen den Schulzugang für alle in Gefahr.

«BaZ», 14.3.97

Bern

Jetzt sind alle (Alleinerziehenden) rechtsgleich, erhalten aber weniger Stipendien

Im August 1996 war ein ehemaliger Interlakner Gymnasiast vor Verwaltungsgericht noch erfolgreich gewesen: das Gericht hiess die Beschwerde des Gymelers gegen eine Stipendienkürzung gut. Als rechtsungleich hatte das Gericht taxiert, dass bei unmündigen Stipendienempfängern die Unterhaltsbeiträge dem Alleinerziehenden-Familienbudget, nach Erreichen der Mündigkeit aber dem persönlichen Budget des Jugendlichen angerechnet werden. Der Anschein des Prozessserfolges für den Gymeler trügte: Die Erziehungsdirektion beseitigte die Rechtsungleichheit, indem sie die Unmündigen den Mündigen gleich (schlecht) stellte. Gemäss dieser Praxisänderung werden nun durchs Band weg die Alimente dem persönlichen Budget der Kinder von Alleinerziehenden zugerechnet. Mit gleichem Einkommen kriegen nun alle Alleinerziehenden weniger Stipendien. Und der Staat spart damit geschätzte vier Millionen Franken pro Jahr.

«BZ», 12.3.97

1630 neue Gymnasiasten

Nach den Sommerferien werden im deutschsprachigen Kantonsteil 1630 Schülerinnen und Schüler den gymnasialen Unterricht besuchen können. Zum ersten Mal beginnt der gymnasiale Lehrgang bereits im 9. Schuljahr.

Mit der Verkürzung der Schulzeit bis zur Matur auf 12 Jahre beginnt ab diesem Sommer der vierjährige Maturitätslehrgang bereits in der 9. Klasse. 1555 Schülerinnen und Schüler im deutschsprachigen Kantonsteil haben im laufenden Schuljahr ihre Fähigkeiten unter Beweis gestellt und sich für den gymnasialen Unterricht qualifiziert. 478 Achteler wurden von ihren Lehrkräften nicht empfohlen und mussten das unter der Federführung des Gymnasiums Biel einheitlich organisierte Aufnahmeprozess ablegen.

«BZ», 20.3.97

Tessin

Luganos Universität bereits in Raumnöten

Mit einem derart grossen Andrang zur Universität Lugano hatten die Stadtväter nicht gerechnet. Der administrative Direktor der Uni rechnet damit, dass – wenn der Zulauf der Studienanwärter in gleichem Masse wie im Gründungsjahr 1996 anhält – das bisherige Raumangebot im ehemaligen Spital Centro Civico im Herbst 1998 der Platz für die Schüler sehr eng wird. Zurzeit studieren an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät 100 Personen, und für die Kommunikationswissenschaften sind 150 Anwärter eingeschrieben. Ein grosses Auditorium maximum – eine Aula Magna also für wissenschaftliche Vorträge, die nicht nur für Studierende, sondern auch für Fachleute und interessierte Laien bestimmt wäre – fehlt heute leider immer noch. Ein geeignetes Bauterrain nahe der Universität ist zwar vorhanden, doch der administrative Direktor macht sich keine Illusionen darüber, dass ein solches Bauvorhaben in kurzer Zeit verwirklicht werden könnte. Immerhin bietet sich eine Übergangslösung an: Ab 1. Januar 1998 wird die Uni Lugano über ein heute vom Konservatorium der italienischen Schweiz genutztes, dreistöckiges Gebäude verfügen.

«AZ», 4.2.97

Fachhochschule für die italienische Schweiz

Der Tessiner Grosse Rat hat am Dienstagabend die Schaffung einer Fachhochschule der italienischen Schweiz ohne Gegenstimmen und bei zwei Enthaltungen beschlossen. Das Tessiner Universitätsgesetz vom 3. Oktober 1995, mit dem die Universität der italienischen Schweiz eingerichtet worden war, erhielt ein zweites Kapitel zur Fachhochschule, auf italienisch Scuola universi-

taria professionale (SUP). Die künftige Fachhochschule besteht aus fünf Abteilungen, die aus bereits bestehenden höheren Lehranstalten hervorgehen.

«NZZ», 13.3.97

Zug

Die Zuger Regierung krebst zurück

Kantonsschullehrer Jürg Iten muss sein Pult nicht räumen. Der Lehrer hat sich von den antisemitischen Äusserungen der Universalen Kirche distanziert. Die Affäre um den Zuger Kantonsschullehrer Jürg Iten, Mitglied der sektenhaften universalen Kirche (UK), hat eine überraschende Wende genommen. Der Regierungsrat hat die angedrohte Kündigung nicht wahr gemacht und das Ultimatum zurückgezogen. Ausschlaggebend waren die unsichere Rechtslage und die nachträgliche Distanzierung Itens von den rassistischen Aussagen der UK, wie Erziehungsdirektor Walter Suter an einer Medienorientierung erklärte.

«TA», 28.2.97

Zürich

Zwei Schulsysteme zur Wahl

Voraussichtlich noch dieses Jahr wird das Zürcher Stimmvolk darüber entscheiden, ob die Gemeinden an der Oberstufe künftig zwischen zwei Schulmodellen wählen können. Der Kantonsrat hat die Änderung des Unterrichtsgesetzes in erster Lesung durchberaten. Ein über zwanzig Jahre dauernder, erbittert geführter Schulstreit scheint sich in Minne aufzulösen. Die entscheidende Wegmarke zu einer Lösung, mit der jetzt ausser den Schweizer Demokraten alle Parteien, aber auch die Lehrkräfte leben können, setzte Erziehungsdirektor Ernst Buschor vor rund einem Jahr. Anstelle des von seinem Vorgänger Alfred Gilgen favorisierten Einheitssystems schlug er die Wahlmöglichkeit zwischen zwei Reformmodellen vor.

«TA», 4.2.97

Multimediale Lernsoftware für den Englischunterricht

Englischkenntnisse werden immer wichtiger. Der Erziehungsrat des Kantons Zürich beabsichtigt deshalb, den Englischunterricht an der Oberstufe der Volksschule obligatorisch zu erklären. Mit der neuen Lernsoftware «LinguaStudio Non-Stop English I» erhalten die Schulen bereits heute ein modernes Hilfsmittel für den Englischunterricht. Das Programm zeigt, dass sich multimedia-

taugliche Computer mit Erfolg im Sprachunterricht einsetzen lassen, um die konventionellen Sprachlabors abzulösen, die an vielen Schulen nicht mehr erneuert werden.

Pressemitteilung

Schulgeld am Gymi

Im Kanton Zürich soll der Besuch der Mittelschulen und Seminarien künftig ab dem 10. Schuljahr nicht mehr gratis sein. Dies beschloss der Kantonsrat am Montag in erster Lesung einer Gesetzesvorlage. Die Regierung schlägt einen Elternbeitrag von jährlich 800 Franken an den Mittelschulen und 1200 Franken an den Lehrerseminarien vor. Ein Rückweisungsantrag scheiterte im Parlament knapp mit 82 zu 75 Stimmen. Linke und Grüne wehrten sich vergeblich gegen die «soziale Barriere» eines Schulgeldes. Die bürgerliche Ratsmehrheit begrüsst die Mehreinnahmen von 7.2 Millionen Franken, weil sie zur Entspannung der Kantonsfinanzen beitragen. Zudem sei mit einer Maturandenquote von 20 Prozent das Limit erreicht.

«TA», 11. 3. 97

Mit den Schulgeldern und an ihnen gescheitert

Mit 87 gegen 80 Stimmen hat am Montag der Kantonsrat die Vorlage für die Erhebung von Schulgeldern an Gymnasien und Lehrerseminaren verworfen. Zu dieser Frage wird also auch keine Volksabstimmung mehr stattfinden. Der äussere Grund für das Scheitern der Vorlage im Rat liegt einerseits darin, dass die CVP-Fraktionsmehrheit sich für eine Ablehnung entschied, nachdem die von ihr eingebrachten «Kompromissvorschläge» im Rat keine Gnade gefunden hatten. Andererseits spielten auch diejenigen Mitglieder aus SVP und FDP das entscheidende Zünglein an der Waage, die im Gegensatz zu ihren Fraktionen die Schulgelder ablehnten, ebenso wie jene Mitglieder der Fraktionen von FDP und SVP, die zu diesem politisch heissen Vormittag im Rathaus nicht erschienen waren. Damit war jene bürgerliche Mehrheit auseinandergefallen, die in erster Lesung diese Vorlage noch unterstützt hatte.

«NZZ», 15. 4. 97

Joe Brunner

Schlaglicht

Luxus Bildung

«Eine gute Ausbildung ist unbezahlbar – im wahrsten Sinne des Wortes. Das haben jetzt die Kantone gemerkt und kassieren kräftig ab.»
(Facts, 10. April 1997, S. 20–29)

Das abstruseste Argument für Schulgelder an Mittelschulen und zehnten Schuljahren lautet, dass damit der Andrang in diese Bildungsgänge reduziert werden soll. Da wird auf der einen Seite landauf und landab das lebenslange Lernen postuliert, und offenbar gelingt es der Volksschule, die Lernmotivation so zu stärken, dass die jungen Leute sich nach der obligatorischen Schulzeit weiterbilden wollen. Auf der andern Seite bauen die gleichen Instanzen, die das lebenslange Lernen fordern, Hindernisse dagegen auf. Dies ist ein zynisches «Spiel» einer sich selbst widersprechenden Bildungspolitik.

Kongruent ist diese Politik mit dem Trend zur Entsolidarisierung der Gesellschaft. In unserem Falle heisst das, wer Kinder hat, soll selber dafür bezahlen, dass etwas Rechtes aus ihnen wird. Es wird ja niemand dazu gezwungen, Kinder in die Welt zu stellen – man könnte sich ja auch mit einem Haustier begnügen. Allerdings sind Gesellschaft und Wirtschaft froh um gut ausgebildete Leute, z. B. um die AHV beziehen zu können (auch wenn man selber keine Kinder hatte) und um die Wirtschaft konkurrenzfähig zu erhalten. Offenbar erspart sich die Bildungspolitik die Mühe, solche Zusammenhänge aufzuzeigen, die zu einer breiten Zustimmung für eine schulgeldfreie Bildung führen könnte.